

## N O T I Z E N

aus der 80. Sitzung des Bundesrates vom 17. November 1964

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident von Moos  
Abwesend: niemand  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: Die Protokolle der 74.-76. Sitzung  
werden genehmigt.  
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 25

---

Zu Beginn der Sitzung beglückwünscht der Herr Bundespräsident Herrn Bundesrat Chaudet zu seinem 60. Geburtstag. Der Gefeierte verdankt die Ehrung.

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Herausgabe einer neuen Bereinigten Gesetzsammlung

Es sind folgende drei Fragen zu entscheiden: Stichtag, Loseblätter-System, Aufnahme des Staatsvertragsrechts.

Stichtag: Der Rat stimmt der Lösung zu, wonach zunächst kein Stichtag festgelegt aber mit der Arbeit sogleich begonnen wird. Diese wird so organisiert, dass der Druck, wenn einmal der Stichtag festgelegt ist, nur noch wenig Zeit in Anspruch nehmen soll.

Lose Blättersystem: Der Vorsteher des FZD gibt die im Mitbericht enthaltene Opposition auf, nachdem seine Befürchtungen durch die inzwischen von der Bundeskanzlei erhaltenen Aufklärungen zerstreut werden konnten. Nachdem es sich nicht darum handelt, eine Ausgabe in losen Blätter zu beschliessen, sondern lediglich den Bundesrat zu ermächtigen, eine solche Ausgabe anzuordnen, kann der Rat zustimmen, wobei mehrere Redner Bedenken gegen die offizielle Herausgabe einer Sammlung von losen Blättern neben der gebundenen Sammlung äussern.

Staatsvertragsrecht: Es wird beschlossen, das Staatsvertragsrecht ebenfalls vollständig neu herauszugeben und sich nicht lediglich mit einer Ergänzung zu begnügen. Die neue Sammlung soll die alte in allen Teilen ersetzen. Es ist nicht praktisch, wenn man das Recht teilweise in den alten Bänden, teilweise in einem Ergänzungsband suchen muss.

Politisches Departement



Ansprüche und Begehren Polens und Ungarns betr. Vermögen verschwendener Ausländer

Der Vorsteher des EPD führt aus, dass sein Departement bereits am 9. Juli ein Rechtsgutachten über diese Angelegenheit unterbreitet habe. Am 29. September habe eine Besprechung zwischen dem Rechtsdienst des EPD und dem Chef der Justizabteilung stattgefunden. Um die Prüfung der Rechtsfrage weiterführen zu können und im Hinblick auf die nahen bevorstehenden Verhandlungen mit Ungarn wurde der neue Antrag vom 16. November gestellt, der die Ansprüche und Begehren Polens ausklammert. Das Geschäft sollte heute verabschiedet werden.

Der Vorsteher des JPD bedauert, s.Zt. bei Behandlung des Bundesbeschlusses vom 20. Dezember 1962 die Vorgänge, die im Bericht des EPD geschildert wurden und die schon auf die Jahre 1949 und 1950 zurückreichen, nicht gekannt zu haben. Hätten die eidgenössischen Räte gewusst, dass solche Abmachungen bestehen, dann hätten sie wohl entweder in den Bundesbeschluss eine Ausweisklausel eingebaut oder dann verlangt, dass man auf die alten Vereinbarungen zurückkomme. Der Sprechende stelle keinen Antrag auf Verschiebung mit Rücksicht auf die erwähnten zeitlichen Umstände. Er behält sich aber vor, allfällige Differenzen in der Auffassung, die sich noch zeigen sollten, dem EPD mitzuteilen.

Departement des Innern

Ersatzwahl des Präsidenten des Stiftungsrates der Stiftung "Pro Helvetia"

Wie der Vorsteher des EDI gegenüber dem Mitbericht des FZD vom 11. November 1964 ausführt, beruht der Antrag des EDI auf Abmachungen mit dem vorgeschlagenen neuen Präsidenten, durch die er sich persönlich gebunden fühle. Dagegen habe er den Bundesrat nicht gebunden. Dieser habe die volle Entscheidungsfreiheit behalten. Finanziell wäre der neue Präsident nicht auf die Entschädigung angewiesen. Man sei zu diesen Beträgen gekommen durch Vergleiche mit der Entschädigung, die der Präsident der Gottfriedkellerstiftung erhalte. Allerdings sei zuzugeben, dass der Vergleich des FZD mit der Denkmalpflege zutreffend sei. Der Rat stimmt in Berücksichtigung der geschilderten Sachlage dem Antrag eines Mitgliedes zu, die Entschädigung auf 9'000 Franken festzusetzen, aber keine Sitzungsgelder zu gewähren.

Volkswirtschaftsdepartement

Eidg. Versuchsanstalten für Obst-, Wein- und Gartenbau, Erneuerungswahl der Aufsichtskommission

Im Zusammenhang mit diesem Geschäft wird die Frage aufgeworfen, ob man den Beschluss über die Altersgrenze für Mitglieder eidg. Kommissionen nicht einmal in Wiedererwägung ziehen sollte, in dem Sinne, dass man noch nicht 70-jährige für eine ganze Amtsdauer wieder wählen kann und nicht nur bis zur Vollendung des 70. Altersjahres. Diese Bestimmung wirke sich gerade in Fällen

wie den vorliegenden zum mindesten sonderbar aus, wenn man damit das Alter gewisser Staatsmänner vergleicht, die die Politik eines ganzen Landes bestimmen und das Schicksal der ganzen Welt beeinflussen.

Es wird geantwortet, dass die heutige Regelung auf alle Fälle den Vorteil der Rechtsgleichheit buchen könne. Die Frage soll aber für später geprüft werden.

### Militärdepartement

#### Mutationen in höheren Kommandostellen bzw. Mutationen im Offizierskorps gemäss der Bezeichnung in der Traktandenliste

Der Vorsteher des EMD kommentiert die dem Bundesrat mit Schreiben vom 16. November 1964 zugestellten Vorschläge. Auf eine gestellte Frage antwortet er, dass bei den bisherigen Sitzungen der LVK in der neuen Zusammensetzung die Atmosphäre nicht schlecht gewesen sei, obwohl einzelne Mitglieder offensichtlich eine gewisse Mühe gehabt hätten, sich mit der vom Bundesrat getroffenen Lösung abzufinden.

In der Aussprache über einzelne Vorschläge werden folgende Bemerkungen gemacht.

Kdt. F. Div. 3: Die besondere Rücksichtnahme auf die Wünsche der Berner Regierung wird kritisiert. Es wäre zu begrüßen, wenn solche Einflüsse ausgeschaltet würden. Ein Gegenantrag wird nicht gestellt.

Als möglichen Nachfolger im Kdo F. Div. 8 wird von einem Redner der Kdt. Geb. Inf. Rgt. 29 (Oberst Reichlin) erwähnt, der den gleichen Jahrgang hat wie der vorgeschlagene (1917). Für den vom EMD vorgeschlagenen wird ins Feld geführt, dass er als Kdt. der Inf. Schule Zürich mehr Kontakte mit der Ostschweiz habe.

Zur Person von Oberst Indermühle, der ebenfalls als tüchtiger Offizier erwähnt wird, bemerkt der Vorsteher des EMD, dass dieser Offizier den Verlust seiner Tochter schwer erschüttert habe und dass er sich davon nicht erholen könne.

Nachdem gegen keinen der vorgeschlagenen ein Antrag auf Nichtbestätigung des Wahlvorschlages gestellt wird, beschliesst der Rat, den formellen Beschluss am nächsten Freitag zu fassen. Zwei Mitglieder, die dann abwesend sein werden, erklären sich damit einverstanden, dass der Beschluss in ihrer Abwesenheit gefasst wird.

### U m f r a g e

#### Hr. T s c h u d i

#### Vortrag in der Vereinigung für Landesplanung

Herr Tschudi hat eine Einladung, ein Referat im Rahmen von Vorträgen über "Landesplanung, Zentralismus und Föderalismus" zu halten, mit der Begründung, dass er keine Zeit habe, abgelehnt.

Dagegen habe er sich bereit erklärt, an der Tagung teilzunehmen. Nun habe er die Anfrage erhalten, ob nicht ein anderes Mitglied des Bundesrates das Referat übernehmen könnte.

Der Bundesrat teilt die Auffassung, dass es vollständig genüge, wenn der Vorsteher des EDI als Vertreter des Bundesrates der Veranstaltung beiwohne und dass neben ihm nicht ein zweites Mitglied als Referent auftreten sollte. Herr Tschudi übernimmt es, die Vereinigung über diese Auffassung des Bundesrates zu informieren.

#### Hr. C h a u d e t

##### Einladung von Herrn Primault zur Konferenz der Heereseinheitskdt.

Der Rat ist der Meinung, dass keine Diskrimination stattfinden sollte und dass Herr Primault ususgemäss ebenfalls eingeladen und verabschiedet wird.

#### Hr. W a h l e n

##### Ueberschwemmungskatastrophe in Vietnam

Der Bundesrat nimmt zustimmend davon Kenntnis, dass das EPD als Sofortbeitrag dem Roten Kreuz 50'000 Franken zur Verfügung gestellt hat. Die Frage, ob noch ein zusätzlicher Beitrag gewährt werden soll, bleibt offen.

##### Neue Aktion Fritz Wartenweiler

Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Wahlen im Patronatskomitee für die in Herzberg durchzuführenden neuen Kurse figuriert.

##### Geschenk des Aussenministers der Vereinigten Arabischen Republik

Der Chargé d'Affaire dieser Botschaft hat Herrn Wahlen eine reich verzierte Silberkassette als Geschenk überreicht, die der Aussenminister nach seinem Besuche zurückgelassen hat. Es wird beschlossen, die Kassette im von Wattenwylhaus zu deponieren.

##### Besuch von Oberstkorpskdt. Uhlmann in Bonn

Herr Wahlen hatte den Besuch von Herrn a. Bundesrat Petitpierre, der vom russischen Botschafter zu einem Essen (als einziger Gast) eingeladen worden war. Bei diesem Anlass habe der russische Botschafter sondiert, wie es in Wirklichkeit mit unserer Neutralitätspolitik stehe. Er habe Anspielungen gemacht auf eine Zusammenarbeit mit der NATO, habe auf Zitate aus der Mirage-debatte Bezug genommen und habe sich beunruhigt erklärt über die vielen Besuche höherer und hoher Offiziere in der Bundesrepublik. Man sehe daraus, wie genau die russische Botschaft diese Dinge verfolge. Ein Besuch von Oberstkorpskdt. Uhlmann wäre mit einer grossen Publizität verbunden. Es sei nun noch der Vortrag von Herrn Oberstkorpskdt. Züblin in Zürich mit der Frage der Atombewaffnung hinzugekommen. Es scheine Herrn Wahlen deshalb, dass der Besuch von Herrn Uhlmann, der ohne Kenntnis der Departementschefs organisiert worden sei, abgeblasen werden sollte.

- 5 -

Der Vorsteher des EMD bemerkt, dass der Besuch durch den Generalstabschef vorbereitet worden sei, der sich durch einen in der Militärkommission geäußerten Wunsch nach vermehrten Kontakten mit den ausländischen Armeen, ermächtigt gefühlt habe. Sonst habe immer der Chef EMD die Entscheidung über solche Besuche getroffen nach Fühlungnahme mit dem EPD. Im vorstehenden Fall stehe das Datum des Besuches nahe bevor. Die Deutschen hätten ihre Vorbereitungen getroffen, es sei schwierig, ihnen jetzt plötzlich abzusagen. Es sei auch in Betracht zu ziehen, dass es sich lediglich um Truppenbesuche handle und nicht um Vorträge, in denen man sich auf gewisse Auffassungen festlegen könnte.

Auf die Frage, ob man keine Einladungen erhalte zum Besuche von Armeen der Oststaaten, antwortet der Vorsteher EMD, dass dies nicht der Fall sei. Ein einziges Mal sei eine solche Anfrage gekommen. Der Rat ist übereinstimmend der Auffassung, dass der Besuch von Oberstkorpskdt. Uhlmann nicht stattfinden dürfe. Der an das EMD gerichtete Brief mit der offiziellen Einladung soll in dem Sinne beantwortet werden, dass Herr Uhlmann aus dienstlichen Gründen eine Teilnahme nicht möglich sei.

#### Abwesenheit von Bern

Herr Wahlen und Herr Schaffner werden an der Freitagsitzung nicht teilnehmen.

#### Hr. Spühler

#### Besuch des russischen Transportministers

Wie der Vorsteher des VED mitteilt, wurde dieser Besuch auf das Frühjahr verschoben.

#### Radiohörgebühren

Der Vorsteher des VED ist der Ansicht, dass der Rat das Problem bald näher anschauen sollte. Es habe seine politische Bedeutung im Hinblick auf die Abstimmung im Februar. Er hätte deshalb das EVD gebeten, sich zu äussern. Der Antrag sei bereit und man sollte das Geschäft bald einmal auf die Traktandenliste nehmen. Wenn die Gebühren nicht erhöht würden, werde die Gesellschaft ein Defizit von 2 Mio Franken bekommen. Sollte man dazu kommen, die Beschlussfassung aus politisch-taktischen Gründen noch etwas zu verschieben, so könnte man das mit der Begründung tun, dass man noch etwas abklären müsse.

Der Vorsteher des EVD weist darauf hin, dass die Erhöhung der Eisenbahntaxen die Kritik von Nationalrat Dr. Weber herausgefordert habe. Wenn man jetzt die Radiogebühren erhöhe, werde der weitere Schlag nicht ausbleiben.

~~Auf Grund dieser Überlegungen wird beschlossen, das Geschäft erst Mitte des nächsten Jahres zu behandeln.~~ Das Geschäft wird nach Vorliegen des Mitberichtes des EVD in Beratung gezogen werden.

Hr. SchaffnerAbstimmung vom 28. Februar 1964/5

Wie Herr Schaffner erklärt, braucht es eine grosse Generalstabsarbeit, um diese schwierige Abstimmung über die Bühne zu bringen. Die Bundesverwaltung könne das nicht. Es müsse ein gutes Abstimmungskomitee gebildet werden. Die Verwaltung könne eine gute Arbeitsgruppe mit Direktor Hummler als Koordinator und mit Dr. Allemann als engsten Mitarbeiter zur Verfügung stellen, die das Abstimmungskomitee dauernd mit Stoff versorgt. Diese Herren müssten während der ganzen Dauer der Kampagne von allem andern dispensiert werden. Der Sprechende bittet seine Kollegen, sich Gedanken zu machen über die Zusammensetzung der Abstimmungs- und Aufklärungsgruppe und über die Finanzbeschaffung. Als Präsidenten des Abstimmungskomitees habe man an die Herren Schürmann oder Obrecht gedacht. Die Mitglieder müsste man in Hauptsache aus den verschiedenen Fraktionen der Bundesversammlung rekrutieren. Deshalb sollte sich jeder im Kreise seiner Parteifreunde nach "Verbündeten" umsehen. Am nächsten Dienstag sollte man eine Aussprache über die Durchführung dieser Abstimmungspropaganda vorsehen. Herr Schaffner will mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften reden und mit den Parteisekretariaten oder einer Delegation der Parteiverbände.

Nachdem man unlängst beschlossen habe, beide Beschlüsse zur Abstimmung zu bringen, müsse man sofort daran gehen, das Material für die Propaganda zusammenzutragen. Es sei gar nicht leicht, diese ganze Materie zu vulgarisieren und zu popularisieren.

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass das Gespräch nicht nur mit den Parteisekretären, sondern auch mit den Parteipräsidenten und Fraktionspräsidenten geführt werden sollte. Was die Vulgarisation betreffe, müsse man grosse Anstrengungen machen. Man sehe das beim Italienabkommen. Dort werde erklärt, dass man 200'000 Einbürgerungen zu erwarten habe. Man sage aber nichts davon, dass es dafür 12 Jahre brauchen werde und dass ja die Gemeinden mit den Einbürgerungen bekanntlich äusserst zurückhaltend seien. Man müsse alles bei dieser Propaganda in leicht fasslicher Form vortragen. Es werde nötig sein, dass auch die Mitglieder des Bundesrates auf die "Barrikaden steigen".

Es wird beschlossen, das Thema für eine der nächsten Sitzungen vorzumerken.

Hr. SpühlerNationalstrassenbau, zusätzliche Finanzierung

Ein Mitglied hat erfahren, dass die Beratungen der ständerätlichen Kommission nicht zu Ende kommen. Man habe den Nationalstrassenbau behandelt und wolle anschliessend auch die Kostenfrage behandeln. Sie habe einen ergänzenden Bericht verlangt.

Herr Bonvin gibt Auskunft. Die vorgeschlagene Erhöhung des Zuzuschlages sei gutgeheissen worden, ebenso der Grundsatz der

- 7 -

Flexibilität und die parallel gehende Leistung eines Bundesbeitrages. Man betrachte die vorgeschlagene Finanzierung als ungefähr richtig. Es bestehe aber die Tendenz, den Bundesbeschluss zeitlich zu befristen. Wenn das geschehen würde, könnte man keine Engagements mehr übernehmen für Bauten, die mehr als 6 Jahre dauern.

Es bestehe weiter die Tendenz, die Zollzuschlagerhöhung zu limitieren auf 15 oder 16 Rappen.

Was die Spekulation betreffe, habe man versprochen, den Bundesrat zu unterstützen, wenn das nötig sein sollte.

### Präsidialvorbringen

#### Besuch bei Herrn a. Bundesrat Bourgknecht

Der Herr Bundespräsident hat Herrn Bourgknecht besucht, dessen Zustand immer der gleiche sei und der die Mitglieder des Rates bestens grüssen lasse.

\* \* \*